



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 02. November 2011
Rathaus, Raum 107 (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Sven Gerich (SPD) bis zur Wahl des Vorsitzenden
Petermartin Oschmann (CDU) nach der Wahl

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 27/11, 28/11

(Drucksachenband 162)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0128 Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

Einstimmig

0129 11-S-00-0017

Wahl der/des Vorsitzenden

Zum neuen Vorsitzenden des Revisionsausschusses wird Herr Oschmann vorgeschlagen, der einstimmig gewählt wird.

Einstimmig

Die nachfolgenden Punkte (Beschluss Nr. 0130 bis 0135) werden ohne Aussprache abgestimmt:

0130 11-V-20-0031

Investitionscontrolling 1. Quartal 2011

Einstimmig

0131 11-V-51-0029

Ausführungsvorlage - Erweiterung der Kindertagesstätte Kostheim um 2 Krippengruppen

Enth. BLW

0132 11-V-51-0045

Realisierung der Standorte Soziale Dienste Nord in der Luisenstraße 23 und West in der Dotzheimer Straße 97-99

gegen Bündnis 90/Die Grünen + BLW

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. November 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0133 11-V-82-0009

Neuanschaffung Regiepult für das Kurhaus
gegen Bündnis90/Die Grünen bei Enth. Linke&Piraten

0135 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon
Einstimmig

0136 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21.09.2011 wird genehmigt.

Einstimmig

0137 11-F-07-0019

Bürgschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 19.10.2011 -

Stv. Bachmann begründet den Antrag.

Herr Emmel (Leiter der Kämmerei) teilt zu den einzelnen Fragen mit, dass

1. über die Kreditsumme immer im Rahmen des Jahresabschlusses berichtet wird,
2. es kein Risiko gibt, denn die Kredite werden an Eigengesellschaften vergeben, wobei die Investitionen die Grundlage bilden und z. T. die Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Kredite eingeschaltet wird (Details stehen immer in der Sitzungsvorlage),
3. die LHW gehalten ist, einen Ausgleich vorzusehen, damit wirtschaftliche Vorteile abgeschöpft werden (dazu wurde auch ein Gutachten erstellt),
4. eine Gegenüberstellung nicht möglich ist und
5. s. 2.

Er bestätigt weiter, dass es auf keinen Fall Vorfälligkeitszinsen gäbe und hat kein Beispiel für eine Umschuldung alter Kredite parat.

Der Antrag hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0138 11-F-01-0001

Gutachten zu den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2011 -

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stellv. Vorsitzender Gerich teilt mit, dass jetzt der Auftrag zum Gutachten vorliege. Es wurde lt. Auftrag nur Teilprojekt I beauftragt. Die Beauftragung von Teilprojekt II wäre auch sinnvoll gewesen und hätte der Klinik sicher geholfen.

Man müsse sich in der Zukunft mit dem Thema Gutachten beschäftigen. Wenn man z. B. in diesem Fall ein Wiesbadener Unternehmen beauftragt hätte, wäre es Wirtschaftsförderung gewesen. Das Ergebnis des Gutachtens scheint sehr überschaubar zu sein, aber die Angelegenheit sei für seine Fraktion erledigt.

Stv. Hinnerger reicht diese Aussage nicht, sie will über das Gutachten sprechen und fragt nach den Ergebnissen. Es sei bemerkenswert, was dargestellt wurde. Was wurde denn umgesetzt? Oder war es ein Gefälligkeitsgutachten?

Stv. Göttenauer betont, dass es auch seine Fraktion nicht damit bewenden lassen möchte. Er sieht erheblich Diskrepanzen. Er finde z.B. keinen Umsetzungsplan - der Auftrag und das Gutachten hätten nichts miteinander zu tun.

Stellv. Vors. Gerich ist nach seinen Aussagen gar nicht so weit weg von den Vorrednern. Es sei aber jetzt die Frage, was es denn bringe, alles bis zum Ende zu verfolgen. Alle Bemühungen der letzten Jahre hätten nicht zum Erfolg geführt.

Lt. Stv. Maritzen sollte bei allem Verständnis darauf bestanden werden, mit dem Magistrat über das Gutachten zu sprechen. Es seien Fehler im Gutachten, die nicht einfach verschwunden seien. Warum ist abgebrochen worden? Es fehlen Verantwortungsstrukturen usw. - das sei doch mit einem neuen Dezernenten nicht einfach weg.

Stv. Hinnerger findet es unverständlich, 80.000 € für ein Gutachten auszugeben und es dann zu ignorieren. Es gehe doch ganz klar um Fragen der Führung in der HSK. Warum habe man denn den Vertrag des Geschäftsführers verlängert?

Auch nach dem neuen Monatsbericht sollte man lt. Stv. Göttenauer nachfragen, was denn umgesetzt wurde.

Stv. Dr. Gretz-Roth stellt klar, dass 7 Maßnahmen noch kein Maßnahmenkatalog seien. Sie sei wahnsinnig enttäuscht, dass so viel Geld für so wenig Gutachten ausgegeben wurde. Das Gutachten sei so diffus - an der Schuldfrage gehe man ganz klar vorbei. Der Erkenntniswert sei so gering, dass sie nicht wüsste, warum sie sich mit dem Gutachten auseinandersetzen sollte. Sie bestätigt die Aussagen von stell. Vors. Gerich.

Stv. Kienast-Dittrich hat den Auftrag mehrfach gelesen. Teil I braucht Teil II, da könne man überhaupt nichts trennen. Die Situation müsste ganz anders dargestellt werden. Sie hätte gern gewusst, ob man bei der Auftragsvergabe mitreden könne und ob der Aufsichtsrat mitwirke.

Vors. Oschmann wirft ein, dass die SPD als Antrag stellende Fraktion mit der Vorlage der Beauftragung zufrieden sei und man die Angelegenheit zumindest für heute als erledigt ansehen sollte. Sollten andere Fraktion noch Klärungsbedarf haben, könnten diese Anträge stellen.

Stv. Hinnerger weist darauf hin, dass man im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung über die HSK gesprochen habe. Dort hatte der Bürgermeister zugesagt, dass man mit ihm im Revisionsausschuss über die Angelegenheit sprechen kann. Jetzt sei er in der Sitzung nicht

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

anwesend, man kann nicht klären, was umgesetzt wurde und warum die Geschäftsführung wieder eingesetzt wurde.

Stellv. Vors. Gerich stellt klar, dass es jeder Fraktion unbenommen sei, Fragen in Form eines neuen Antrages zu stellen. Seine Fraktion würde sich mehr mit der Zukunft beschäftigen. Welche Schlüsse seine Fraktion aus dem Gutachten ziehen würde, müsse man der Fraktion überlassen. Für seine Fraktion sei die Vorlage des Gutachtens ausreichend.

Der Antrag der SPD hat durch die Vorlage des Auftrags seine Erledigung gefunden.

gegen Bündnis90/Die Grünen und Linke&Piraten

0139 11-A-19-0001

Sanierung ehemalige Walkmühle - Sachstand

Lt. Herrn Weber (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) beschäftigt sich die Verwaltung schon seit Jahren mit der Walkmühle. Ein Sachstand sollte nur auf entsprechenden Grundlagen geliefert werden. Es gäbe unterschiedliche politische Meinungen zu diesem Thema. Er verweist auf einen Artikel in der FR von heute, in dem von einer evtl. städt. Gesellschaft gesprochen wird, wenn es mit den jetzigen Verhandlungspartnern nicht klappen sollte. Er hofft, bald eine Sitzungsvorlage vorlegen zu können.

Stellv. Vors. Gerich ist überrascht über den Sachstand. Lt. Stadtverordnetenbeschluss sollen die Konzepte vergleichbar gegenübergestellt werden. Es könne doch nicht sein, dass das Fachamt jetzt erst einmal eine politische Entscheidung einfordere. Zunächst müssten die Konzepte vorgelegt werden, damit überhaupt eine Entscheidung getroffen werden kann. Der Magistrat sollte eine Empfehlung aussprechen, die Stadtverordnetenversammlung wird dann die Entscheidung treffen.

Herr Weber geht davon aus, dass er sich missverständlich ausgedrückt hat. Die Verwaltung würde natürlich die Aufträge des Stadtparlaments ausführen. Es müsse auf jeden Fall etwas passieren, die Kosten würden immer höher.

Stv. Hinnerger fragt nach einem Zeitplan. Oder wolle man beide Konzepte ergebnisoffen vorlegen?

Lt. Herrn Weber werden alle Fakten offen dargelegt. Mit der Vorlage der Sitzungsvorlage ist evtl. zur 1. Sitzung in 2012 zu rechnen.

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Angelegenheit kommt bei erneut zum Aufruf, wenn die Sitzungsvorlage vorliegt.

Einstimmig

0140 11-V-37-0003

Personelle Ausstattung des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr

Herr Müller von der Berufsfeuerwehr ist zu diesem Thema anwesend.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. November 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stellv. Vors. Gerich bittet um Klarstellung, wie die zeitliche Abfolge sein soll. Nach der Ausbildung die 2012 beginnen soll, stünden die Mitarbeiter doch erst 2014 zur Verfügung. Wie soll diese Diskrepanz aufgefangen werden? Ist an Mehrarbeit o. ä. gedacht?

Er geht davon aus, dass schon jetzt planbar ist, wann welche Stellen zukünftig frei werden, so dass man schon jetzt auf die Neubesetzung nach 2014 hinarbeiten könne.

Herr Müller bestätigt, dass man jetzt schon für die künftigen 30 Jahre sagen könne, welche Stellen frei werden. Es kämen allerdings noch frühzeitige Abgänge hinzu, die nicht vorhersehbar seien.

Zur Lücke bis 2014 erklärt er, dass bis Ende 2013 8 Mitarbeiter ausscheiden, man aber nur zum 01.02. und 01.10. einstellen kann, da die Ausbildung an der Landesfeuerwehrschule Kassel nur zu bestimmten Terminen endet.

Man hatte geplant, zum 01.02.2012 einzustellen und hoffe, das auch noch zu schaffen. Wenn dieser Termin klappt, ist die zeitliche Lücke sehr gering. Man habe immer einen kleinen Puffer - Mehrarbeit falle nicht an.

Auf Bitte von stellv. Vors. Gerich wird Herr Müller die Abgänge und Planungen darstellen und auf Anregung von Herrn Emmel auch die Entwicklung darstellen und dem Ausschuss vorlegen.

Einstimmig

0141 11-V-82-0008

Ersatzbeschaffung von Tischen und Stühlen für das Kurhaus

Stv. Bachmann bemängelt, dass die Sitzungsvorlage recht dürftig, wenig aussagefähig und sehr grob gefasst sei.

Herr Wossidlo berichtet, dass die Stühle 1987 angeschafft wurden, die die Fa. Mauser speziell hergestellt hat. Man könne nicht irgendwelche anderen Stühle dazustellen und hofft, dass die Ersatzbeschaffungen auch wieder über 20 Jahre halten.

Stv. Bachmann fordert noch einmal mehr Transparenz in den Sitzungsvorlagen.

Stellv. Vors. Gerich geht davon aus, dass das Nennen des Herstellernamens auch keine großen Erkenntnisse gebracht hätte. Er geht davon aus, dass die Beschaffung vorher in der Betriebskommission besprochen wurde und im Revisionsausschuss nicht unbedingt über die Qualität von Stoffen gesprochen werden müsse.

Lt. Stv. Bachmann wolle man aber die Sitzungsvorlagen nicht einfach durchwinken, ohne ansatzweise weitergehende Infos zu erhalten.

Herr Wossidlo berichtet weiter, dass es nur einen Anbieter für die Stühle gäbe.

Stv. Spallek geht davon aus, dass man bei einer Ersatzbeschaffung den einzigen Anbieter nehmen muss, damit die Stühle zusammen passen.

Stv. Hinnerger gibt aber zu bedenken, dass man das nicht wissen kann, wenn es nicht in der Sitzungsvorlage stehe.

gegen Bündnis90/Die Grünen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0142 11-V-70-0002

Neukonzeption Winterdienst

Stv. Kienast-Dittrich lobt die kurze Bearbeitungszeit.

Herr Wack und Herr Gröll (beide ELW) berichten auf Nachfrage, dass es keine allgemein gültige Definition zu den unterschiedlichen Wetterbedingungen gäbe und man selber Festlegungen getroffen habe, um der Einsatzleitung einen Leitfaden an die Hand geben zu können. Auf Nachfrage von Stv. Kienast-Dittrich erklärt Herr Wack, dass die Bearbeitungszeit die Zeit sei, in der die einzelnen Streupläne abgearbeitet sein sollen. Es gäbe insg. 14 Streupläne. Es sei auch genügend Salz vorhanden. Im letzten Jahr seien 4.100 t verbraucht worden.

Stv. Spallek weist auf den Zwist mit den Anliegern in der Fußgängerzone hin. Die Anlieger hätten reinigen sollen, haben das aber nicht gemacht. Er möchte wissen, ob man den Anliegern die Zwangsräumung in Rechnung stellen könne.

Herr Gröll berichtet, dass man genau für diese Fälle eine Personalstelle eingerichtet habe. Wenn die Anlieger nicht räumen, würde man dies mit eigenen Kräften machen.

Stv. Göttenauer begründet den Änderungsantrag von Linke&Piraten.

Herr Emmel weist darauf hin, dass man eine Pauschale mit ELW vereinbart habe. Man habe die Pauschale erhöht.

Stv. Hinnerger weist darauf hin, dass das was Stv. Göttenauer sage stimme.

Auch Herr Wack berichtet, dass der Einwurf von Stv. Göttenauer richtig sei. Man habe aber den Kontrakt mit der Kämmerei ausgeglichen; über die Jahre gleichen sich Extreme aus. Man könne mit den jetzt zur Verfügung gestellten Mitteln auskommen und geht davon aus, dass man bei extremen Ausreißern mit der Kämmerei reden könne.

Stv. Dr. Gretz-Roth plädiert auch für den Änderungsantrag von Linke&Piraten. Es werde ja jetzt bis zur Obergrenze abgerechnet. Sie hält es aber für sinnvoll, über die Obergrenze hinauszugehen, wenn es die 3. Kategorie von Schlechtwetter gäbe.

Herr Emmel berichtet, dass es Planungssicherheit durch einen Kompromiss gäbe. Es handele sich ja um Durchschnittswerte der letzten 10 Jahre. Bei Ausreißern würde angepasst. ELW müsste ja auch mit Personal planen. Wenn man immer Einzelleistungsabrechnungen vorlegen würde, würde das der Kämmerei immer Schwierigkeiten bereiten.

Vors. Oschmann vertritt auch die Meinung der Kämmerei - man habe durch einen längeren Beobachtungszeitraum und ELW Planungssicherheit. Man brauche den Änderungsantrag nicht. In 2012 solle das neue Konzept sowieso überprüft werden.

Stv. Hinnerger fragt nach, ob evaluiert werde oder die Entscheidung heute für immer fiele. In der Vergangenheit habe es schon extreme Winter gegeben. Sie geht davon aus, dass alles auf den Gebührenzahler umgelegt wird, wenn man heute keine Einigung finde.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. November 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Herr Wack weist darauf hin, dass dies nicht möglich sei - ELW dürfe diese Spitzen nicht auf die Gebührenzahler umlegen.

Stellv. Vors. Gerich hält die Diskussion für interessant und berechtigt. Die Fragen seien aber im Vorfeld diskutiert worden. Außerdem wolle man sich diesen Winter anschauen und danach evaluieren. Die SPD werde den Änderungsantrag nicht mittragen. Die Sitzungsvorlage solle jetzt erst einmal auf den Weg gebracht werden.

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Linke&Piraten und Bündnis90/Die Grünen abgelehnt.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0143 **11-V-70-0007**

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2011

Stv. Spallek verlässt wegen Widerstreits der Interessen bei der Abstimmung den Raum.

Stv. Göttenauer bringt einen Änderungsantrag ein.

Stellv. Vors. Gerich weist darauf hin, dass dieselben Wirtschaftsprüfer maximal 5 Jahre hinter einander beauftragt werden, danach werde das Unternehmen gewechselt. Man wolle den Turnus weiter beibehalten.

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Linke&Piraten und BLW abgelehnt.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0144 Verschiedenes

Vors. Oschmann berichtet, dass er für die CDU Mitglied der Projektgruppe IT sei.

Herr Emmel berichtet zu Fragen aus der letzten Sitzung:

1. Werner-von-Siemens-Schule

Die Schule hatte in einem Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung und dem Fernsehkoch Tim Mälzer eine Küche im Wert von 50.000 € gewonnen, die aber dann auch eingebaut werden musste.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. November 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

2. Sanierung Kellerskopfhalle

Aus dem Topf „Technik und Trinkwasserverordnung“ werden Maßnahmen finanziert und in der Regel bleiben keine Restmittel. In diesem Jahr blieben Mittel übrig, die anderweitig verwendet wurden.

3. HSK-Beteiligungsbericht

Die hier erwähnten 74 Mio € seien Sonderposten aus Fördermitteln.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .11.2011

Stellv. Vorsitzender

Vorsitzender

Schriftführerin

Weit. Schriftführerin

Gerich

Oschmann

Kienast-Dittrich

Koba